

RS/ts

Bern, den 2. Mai 1980

GesprächsnotizBesuch Barakats in Bern, 28.4.80

Der Leiter des PLO-Büros in Genf, Barakat (B), wurde am 28.4.80 vom Unterzeichnenden in Audienz empfangen. Dem halbstündigen Gespräch folgte ein gemeinsames Mittagessen, das eine ausführliche Fortsetzung des Gedankenaustausches ermöglichte. Botschafter Brunner und Herr Rüegg waren bei den Gesprächen ebenfalls anwesend.

Nach einer kurzen Begrüssung des Gastes ging ich gleich zur Sache über, indem ich B bat, einen tour d'horizon vorzunehmen über die Anliegen der PLO und ihres Büros in bezug auf die Schweiz.

B reagierte sofort. Er gab an, auf "kleinere" Anliegen nicht eingehen zu wollen, jedoch die "grossen" Wünsche umso deutlicher zur Geltung zu bringen.

Als erstes Traktandum erwähnte B den Wunsch nach Erweiterung und Ergänzung der Zuständigkeiten des PLO-Büros in Genf, indem diesem auch gewisse Aufgaben für die Schweiz übertragen würden. Diese Aufgaben sollten in erster Linie in der Information bestehen, d.h. das Büro sollte, neben seinen bisherigen Tätigkeiten, zu einem Informations- und Verbindungsbüro (bureau de liaison) für die Schweiz werden. Damit möchte B nach seinen eigenen Aussagen einen Zustand "legalisieren", der faktisch bereits existiert, er möchte damit aber auch besser abgeschirmt sein gegenüber Angriffen Israels und dessen Sympathisanten in der Schweiz. (vgl. die jüngsten Kontroversen in der Presse um gewisse anti-israelische Aeusserungen B's in einer Sendung von RS International)

./.

Die Anregung B's beinhaltet eine schriftliche Ermächtigung durch die eidgenössischen Instanzen. Es liegt auf der Hand, dass damit auch eine Aufwertung der Präsenz der PLO in der Schweiz erreicht wäre, ohne dass zu einer eigentlichen Anerkennung geschritten würde. Beispiele für solche "bureau de liaison" der PLO gibt es in Paris, Brüssel, Rom und Stockholm.

In zweiter Linie erwähnte B den Wunsch der PLO-Führung nach einer "klarereren" Stellungnahme der schweizerischen Behörden in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Die Schweiz habe immer an denselben, etwas vagen Formulierungen festgehalten, ohne sich eindeutig festzulegen. Ein stärkeres Engagement für die "legitimen" Ansprüche der Palästinenser wäre jedoch heute in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen in Mittelost (israel. Siedlungspolitik etc.) durchaus gegeben.

Schliesslich kam B erwartungsgemäss auf den Besuch Khaddoumis (K) zu sprechen. Für die ständigen Aufschübe gäbe es heute keine logischen Erklärungen mehr. Es sei bereits allzulange zugewartet worden. Eine Entscheidung müsse daher in näherer Zukunft getroffen werden, ansonst eine Einladung jeden politischen Wert verlieren würde.

Ich antwortete B mit einem Gegenvorschlag: wäre es nicht möglich, dass der Chef des EDA mit K in Genf zusammentreffen könnte; K reist oft durch Genf oder hält sich dort kurzfristig auf. Es sollte sich zweifellos eine günstige Gelegenheit bieten, um ein diskretes Treffen arrangieren zu können.

B nahm den Vorschlag entgegen. Die PLO-Führung akzeptiert in solchen Fällen jedoch keine geheimen oder vertraulichen Zusammenkünfte, sie fordert Publizität. Sie will auch aus taktischen Gründen ihre Erfolge in anderen Ländern (Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, Oesterreich etc.) im Falle der Schweiz nicht unterschreiten: ein Besuch K's hier müsste zumindest formell gleiche oder ähnliche Kategorie aufweisen wie in den genannten Ländern.

B wies im übrigen auf die verschiedenen Aeusserungen des Bundesrates hin, in denen fortlaufend am Projekt eines Besuches von K in Bern festgehalten wird. Die PLO-Führung empfinde, dass der Bundesrat gehalten sei, "sein Versprechen einzulösen".

Im Verlaufe des anschliessenden Mittagessens kamen noch verschiedene andere Themen zur Sprache, so der Wunsch der PLO nach einer Erhöhung der Stipendienhilfe an palästinensische Studenten oder die Anregung, unsere Kontakte mit der PLO-Führung in Beirut über unsere dortige Botschaft zu intensivieren. B wiederholte auch nochmals sein Anliegen, betreffend der Frage des Liegenschaftserwerbs von zuständigen Stellen in Bern eine schriftliche Antwort zu erhalten (über seinen Anwalt Natural).

Es folgte ein politischer tour d'horizon, der das Vertrauen der PLO in eine für sie sich günstig entwickelnde Zukunft hervortreten liess. Die PLO kann es sich heute leisten, ausserhalb der "Kampfzone" in Mittelost mit friedlichen, diplomatischen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Ziele einzustehen. Es geht der PLO-Führung gleichzeitig darum, allmählich die Grundlagen für ein unabhängiges, "demokratisches" Staatswesen vorzubereiten. Nach B ist eine Fusion mit Jordanien oder Libanon ausgeschlossen. Die Westbank könnte zu einem palästinensischen Mini-Staat werden, der volle politische Unabhängigkeit hat, jedoch bei weitem nicht alle Palästinenser aufzunehmen imstande wäre. Ein solcher Mini-Staat würde jedoch genügen, um für viele, für alle ein Symbol, eine Heimat zu sein, auf die man sich affektiv, juristisch und politisch beziehen könnte in jeder Lebenslage, auch wenn man sich fern von ihm aufhalten würde.

Dieser Palästinenserstaat wird neben Israel existieren müssen. Beide Staaten werden zu koexistieren lernen müssen. Eine gegenseitige Vernichtung wird alsdann völlig absurd, weil man nicht einen neuen Staat schafft, um ihn sogleich einer möglichen Zerstörung preiszugeben.

(A. Weitnauer)

Kopien an: HH. Staatssekretär Weitnauer
Botschafter Brunner
Botschafter Cuendet
Frau Botschafterin Pometta
HH. Minister Monnier
Rüegg

Schweizerische Botschaften in: Beirut
Damaskus
Tel Aviv

2. Mai 88 15

5